

Stadt und VG verbieten Aufmarsch von Rechten

GRÜNSTADT/KIRCHHEIM: Straftaten befürchtet

Die Stadt Grünstadt und die Verbandsgemeinde Grünstadt-Land haben am späten Donnerstagabend zwei Veranstaltungen, die für den heutigen Samstag in Grünstadt und Kirchheim angemeldet worden sind, verboten. Die Verwaltungen kamen zu der Überzeugung, dass bei einer Demonstration und einem Totengedenken „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit (...) die Verübung von Straftaten zu befürchten“ ist. Gegen die Bescheide wurde mittlerweile bei der Stadt und bei der Verbandsgemeinde Widerspruch eingelegt.

Wie berichtet, hat Rene Teufer aus Viernheim, der als Rechtsextremist gilt, beide Veranstaltungen beantragt. In Grünstadt will er von 12 bis 16 Uhr mit 500 oder mehr Personen unter dem Motto „Meinungsfreiheit erkämpfen – koste es, was es wolle“ durch die Stadt Grünstadt ziehen und zwei Kundgebungen abhalten. In Kirchheim soll sich am Abend ein „Totengedenken“ unter dem Motto „Märtyrer der Bewegung – Helden für Deutschland“ am „Kriegerdenkmal“ in der Ortsmitte anschließen. Die Zahl der Teilnehmer: 300 oder mehr.

Beide Veranstaltungen haben die Verwaltungen untersagt, im Wesentlichen aus den gleichen Gründen: Sie sind der Ansicht, dass sowohl bei der Demonstration als auch beim Totengedenken Straftaten nach Paragraph 130, Strafgesetzbuch (Volksverhetzung), wahrscheinlich sind, und dass der geplante Aufmarsch im Leiningerland als Ersatz für eine verbotene Veranstaltung in Wunsiedel zum Gedenken an Rudolf Heß, Hitlers Stellvertreter, gedacht ist. In Wunsiedel befindet sich das Grab von Rudolf Heß, der sich im Kriegsverbrechergesängnis in Berlin-Spandau am 17. August 1987 das Leben genommen hat. Alljährlich nutzen Neonazis dieses Datum zu Aufzügen und Propagandazwecken. So wird auch auf diversen einschlägigen Internetseiten diese Woche als „Heß-Woche“ propagiert. Das Verbot einer Kundgebung in Wunsiedel wurde höchstrichterlich bestätigt.

Nach Auffassung von Stadt und VG soll das Leiningerland als Ersatz dienen. Das lasse sich eindeutig aus dem Teilnehmerkreis und den Umständen ersehen: Fahnen und Fackeln „in unbegrenzter Anzahl“, Feuerschale und an-

deres gäben den Veranstaltungen eine Gepräge, „wie es die Nationalsozialisten praktizierten“, heißt es unter anderem in der Ablehnung, die VG-Bürgermeister Ackermann und Stadtbeigeordneter Vogel unterzeichnet haben.

Akribisch haben die Verwaltungen verschiedene Quellen, auch im Internet, ausgewertet. Daraus folgern sie, dass „der gesamte Teilnehmerkreis aus der rechtsextremistischen Szene, mithin aus Neo-Nazi-Kreisen“, komme. Dazu zählen auch die beiden Versammlungsleiter, Rene Teufer und Christian Hehl.

Gegen die Bescheide der Stadt Grünstadt und der Verbandsgemeinde Grünstadt-Land, die eine für heute geplante Demonstration in der Stadt und eine anschließendes Totengedenken in Kirchheim verboten, haben die Initiatoren aus dem rechten Spektrum Widerspruch eingelegt. Das bestätigten die beiden Verwaltungen auf Anfrage der RHEINPFALZ. Kurz vor 3 Uhr sei am Freitagmorgen der Widerspruch sowohl bei der Stadt als auch bei der VG-Verwaltung eingegangen.

Entgegen der Ankündigung auf einschlägigen Seiten im Internet, dass sich „die Gerichte am Freitag, womöglich auch noch Samstag, den Fällen annehmen“ würden, war bis gestern am Nachmittag beim Verwaltungsgericht in Neustadt weder per Brief noch per Fax ein Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz eingegangen. Das bestätigte die Vorsitzende Richterin der fünften Kammer, Dr. Cambeis-Glenz.

Wie Beigeordneter Adam Vogel informierte, wollte die Stadt Grünstadt gewappnet sein, falls die Organisatoren der Veranstaltung, Rene Teufer und Christian Hehl, Vorsitzender des NDP-Kreisverbandes Vorderpfalz, doch noch versuchen sollten, das Verbot per Eilantrag zu kippen. Deshalb sei gestern am Abend eine Route für den Marsch ausgearbeitet worden: „abseits der Innenstadt“.

Weil „Nationale Sozialisten“ ungeachtet des Verbots zu dem Aufmarsch aufrufen, macht offenbar auch die linke Szene mobil. Auf der Internetseite der „Antifa Mannheim“ heißt es, dass das „Aktionsbüro Rhein-Neckar einen Ersatzaufmarsch in Grünstadt“ plane. Daher wird zur Gegendemonstration aufgerufen, das Motto: „Auf nach Grünstadt! Nazi-Verherrlichung stoppen – immer und überall!“ (ks)